



Heiner Keupp

Zahlen die Bürger die Zeche?

**Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf das
Soziale**

Publikation

Vorlage: Datei des Autors
Eingestellt am 10. Februar 2010 unter
www.hss.de/downloads/100204_RM_Keupp.pdf

Autor

Prof. Dr. Heiner Keupp, LMU München

Veranstaltung

Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf das Soziale
Tagung der Hanns-Seidel-Stiftung
am 4. Februar 2010 im Konferenzzentrum München

Empfohlene Zitierweise

Beim Zitieren empfehlen wir hinter den Titel des Beitrags das Datum der
Einstellung und nach der URL-Angabe das Datum Ihres letzten Besuchs
dieser Online-Adresse anzugeben.

[Vorname Name: Titel. Untertitel (Datum der Einstellung).
In: <http://www.hss.de/...pdf> (Datum Ihres letzten Besuches).]

ZAHLEN DIE BÜRGER DIE ZECHE? AUSWIRKUNGEN DER WIRTSCHAFTSKRISE AUF DAS SOZIALE. DISKUSSIONSTHESEN

Heiner Keupp

Vorgelegt bei der Veranstaltung „Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf das Soziale“ in Kooperation von Hanns-Seidel-Stiftung und Caritasverband der Erzdiözese München und Freising e.V. am 04.02.2010

Die globale Wirtschaftskrise und die spezielle bayerische „Alptraum-Adria“-/LBS-Krise haben wir durchschnittlichen Bürgerinnen und Bürger wie einen Horrorfilm mit ein paar kabarettistischen Einsprengseln erlebt. Die großen Befürchtungen, dass wir das sofort in unserem persönlichen Budget zu spüren bekämen, haben sich zum Glück erst einmal nicht eingestellt. Die Weihnachtseinkäufe 2008 und 2009 und die Urlaubsaktivitäten sind fast auf dem Niveau vor der großen Krise geblieben. Wir haben sogar noch einen Wahlkampf erlebt, in dem uns Steuererleichterungen versprochen wurden. Also war die Wirtschaftskrise doch nur eine perfekte Horrorinszenierung? Auch die als Haupttäter ausgemachten Banker sind längst wieder zu ihrer Boni-Normalität zurückgekehrt.

Wer spürt denn nun die Wirtschaftskrise und wer muss für die Defizite aufkommen?

Rechnungshof-Präsident Heinz Fischer-Heidlberger: „Die Staatsverschuldung ist durch die Rettung der BayernLB in einem Jahr um 50 Prozent von 24 auf 34 Milliarden Euro gestiegen.“ Der ORH-Chef sieht die Lage dramatisch: „Alle vorhandenen Rücklagen sind inzwischen vollständig verplant und ausgegeben. Nun ist strikte Ausgabendisziplin notwendig.“ Zu den zehn Milliarden Euro Schulden zur Rettung der Landesbank kommen nämlich noch: Eine Bürgschaft für die BayernLB in Höhe von 4,8 Milliarden Euro, für die im Haushalt bisher kein Cent eingestellt wurde. Dazu mögliche Zahlungen in Höhe von 1,26 Milliarden Euro für den Bundes-Fonds zur Stabilisierung der deutschen Banken. Außerdem drohen 2010 Steuer-Ausfälle von 1,6 Milliarden Euro.

Hat sich die Staatsregierung schon mal an die Schuldner-Selbsthilfe gewandt?

Mit dem Deutschen Städtetag, hat sich in dieser Woche eine Instanz zu Wort gemeldet, die sehr nah an den Bürgerinnen und Bürgern dran ist: In den Kommunen werde wichtige Dienstleistungen der Daseinsfürsorge erbracht, in den sozialen und Bildungseinrichtungen, für unsere Jüngsten und Ältesten, für Jugendliche. Und was sagt uns der Deutsche Städtetag: „Der kommunale Finanzierungssaldo zwischen Einnahmen und Ausgaben ist im Jahr 2009 regelrecht abgestürzt: Er ist um 12 Milliar-

den Euro auf ein Defizit von 4,5 Milliarden Euro gefallen (...). Für das Jahr 2010 wird mit minus 12 Milliarden Euro das höchste Finanzierungsdefizit der Nachkriegsgeschichte befürchtet.“ Allein das „Wachstums-Beschleunigungsgesetz“ beschert der Kommunen ein Minus von 1,6 Milliarden.

Allmählich dämmert uns, dass die Wirtschaftskrise doch nicht fiction war, sondern auf die Lebenswelten der Menschen und ihre Handlungsräume immer mehr durchschlägt.

Thesen zur Zukunftsfähigkeit des Sozialen

Dieser Rahmen muss uns bewusst sein, wenn wir über die Zukunft des Sozialen nachdenken und diskutieren. Ein Ministerium, das sich das anspruchsvolle Attribut „Zukunftsministerium“ zulegt, stellt sich auch diesem Anspruch. Und von ihm ausgehend möchte ich einige Thesen entwickeln und daran anschließend meine Prioritäten benennen:

1. Gerade in dieser Phase *brauchen wir eine offensive Sozialpolitik*, die sich nicht in Bescheidenheit der übermächtigen Wirtschaftskrise und der zu ihrer Bewältigung angestregten Schutzschirm demütig beugt und durch Kürzungsleistungen im eigenen Sektor ihren Beitrag zum Notstandspakt offeriert. Wir brauchen jetzt eine Sozialpolitik, die sich offensiv die Förderung gerechter Lebens- und Entwicklungschancen aller Bürgerinnen und Bürger zum Anliegen macht. Auch wenn die Frau Staatsministerin bei ihrer kürzlich abgehaltenen Jahrespressekonferenz eine Grundsatzdiskussion über die bestehende Wirtschaftsordnung als unnötig bezeichnet hat, steht diese Diskussion doch angesichts einer immer größer werdenden Gerechtigkeitslücke an, die nicht mit dem Schönheitspflasterchen „Werte“ geschlossen werden kann. Wir wissen, dass in Gesellschaften, in denen die Gerechtigkeitslücke größer wird, die Gesundheit und die Lebensqualität der Gesamtbevölkerung sinken.
2. Es ist noch gar nicht lange her, dass sich zwar viele gegen das Etikett des *Neoliberalen* zur Wehr setzten und doch hat sich dessen *Diskurs* und dessen *Menschenbild* längst in unserer politischen Diskursarena eingenistet. Offensichtlich konnte sich dem ökonomisch gesteuerten Globalisierungsprozess und seiner neoliberalen Begleitmusik niemand entziehen. Da wurden soziale Standards in Frage gestellt und man wollte uns glauben machen, als hätten wir uns der Illusion hingegeben, auf einer „Insel der Seligen“ zu leben. Jetzt müssten wir die Imperative des Marktes akzeptieren und die wüßten spezifischen sozial-

politischen Errungenschaften heute keine Chance mehr lassen. Wer das nicht einzusehen vermöge, sei ein Traumtänzer, ein Sozialromantiker oder ein unverbesserlicher Sozialist. Wir müssten uns jetzt endgültig von sozialen „Hängematten“ und Schonräumen verabschieden, die ja auch ohnehin nur dazu einladen, missbraucht zu werden. Der Staat sollte seine „Fürsorglichkeit“ endlich aufgeben, damit auch die Menschen lernen könnten, mehr Selbstverantwortung zu übernehmen. Gepaart ist diese neoliberale „Dekonstruktion“ einer solidarischen Sozialpolitik, von einer Offensive der „Neuerfindung des Menschen“, die einen sozial „entbetteten“ Menschen konstruiert, der eine allseitige Bereitschaft zeigt, sein Leben und auch seine psychische Innenausstattung vollkommen den Imperativen des Marktes auszuliefern. Er ist von einer geschmeidigen Anpassungsbereitschaft, stellt sich flexibel und mobil auf jede Marktveränderung ein und zeigt als Grundbereitschaft, unablässig an der Optimierung der eigenen mentalen und körperlichen Fitness zu arbeiten. Die Sperrigkeit einer eigenwilligen Biographie, die psychischen Folgewirkungen von belastenden Lebensereignissen, körperliche Spuren von Entwürdigungen und Misshandlungen, aber auch Werteprinzipien, die im Widerspruch zur Fitnessideologie stehen, sind zu entsorgen. Eine zentrale Lehre der Wirtschaftskrise ist für mich, die fatalen Folgen dieser Menschenbildinfektion konsequent aufzuzeigen und wieder für ein menschliches und soziales Maß der gesellschaftlichen Verhältnisse zu kämpfen.

3. Ein zukunftsfähiges Menschenbild und das hier anschlussfähige Staatsverständnis braucht mehr als die durchaus missverständliche Idee der „Selbstverantwortung“. Sie gehört in die Denkschule marktradikaler Ideologien und ihrer Favorisierung des „unternehmerischen Selbst“. Es geht aber auch nicht um die Rückkehr zu einem obrigkeitlichen Staat oder einem der „fürsorglichen Belagerung“. Es geht um einen „*Befähigungsstaat*“, der „*Verwirklichungschancen*“ (capabilities) fördert und das im Sinne der Ottawa Charta der WHO, die sich zwar auf Gesundheit bezieht, aber eine Idee gelungenen Lebens transportiert. Dort heißt es: "Gesundheit wird von Menschen in ihrer alltäglichen Umwelt geschaffen und gelebt: dort, wo sie spielen, lernen, arbeiten und lieben. Gesundheit entsteht dadurch, dass man sich um sich selbst und für andere sorgt, dass man in die Lage versetzt ist, selber Entscheidungen zu fällen und eine Kontrolle über die eigenen Lebensumstände auszuüben sowie dadurch, dass die Gesellschaft, in der man lebt, Bedingungen herstellt, die allen ihren Bürgern Gesundheit ermöglichen". Gerade in einer Gesellschaft, die in allen Lebensbereichen konsequenzenreiche Umwälzungen erzeugt, ist ein solches Befähigungskonzept unerlässlich und von einer „Befähigungsgerechtigkeit“ sind wir noch weit entfernt.

4. Die *Zivil- oder Bürgergesellschaft* ist für mich ein zentraler Bezugspunkt für zukunftsfähige Lösungen. Im letzten Vierteljahrhundert wurde besonders deutlich, dass es für viele neue Probleme des Alltags, die der Strukturwandel erzeugte, in den traditionellen Strukturen alltäglicher Lebenswelten keinen Lösungsvorrat gab, auf den man einfach hätte zurückgreifen können. Für eine Reihe von neuen biographischen Konstellationen (wie z.B. die weibliche Doppeloption Familie und Beruf oder Erfahrungen von Vorruhestand) gab es keine institutionell abgesicherten Lösungsmöglichkeiten und in vielen Bereichen war das Vertrauen auf „das Bewährte“ erschüttert und gerade die neuen sozialen Bewegungen verstanden sich als kollektive Zukunftswerkstätten, in denen – im Sinne eines „demokratischen Experimentalismus“ – neue Lösungsentwürfe erprobt wurden. In einer Vielzahl konkreter Projekte wurden neue Wege erprobt. Diese Projekte lassen sich verstehen als ‚soziale Experimentierbaustellen‘, als ‚emanzipatorische Antworten auf Risiken der aktuellen Modernisierungsprozesse‘“ deuten. Dem bürgerschaftlichen Engagement kommt hier eine zentrale Bedeutung zu. In ihm steckt auch ein großes Zukunftspotential. Ich möchte es an drei mir wichtigen Bereichen exemplifizieren:

- Wie sollen die positiven wie problematischen Konsequenzen des demografischen Wandels bearbeitet und gestaltet werden, wenn sich nicht aktive Bürgerinnen und Bürger - durchaus aus Eigeninteresse - für zukunftsfähige Projekte im Feld der Wohn- und Lebensformen im Alter engagieren? Eine klassische staatliche Lösung wird es hier ganz sicher nicht geben.
- Wie soll die Integration von Zuwanderungsbewegungen gelingen, die in einer globalisierten Welt nicht nur Fakt, sondern auch notwendig sind, wenn ihr vielfältiges Freiwilligenengagement in den Lebenswelten von Menschen mit Migrationshintergrund nicht wahrgenommen und gefördert wird? Hier sind wichtige brückenbildende Formen der interkulturellen Kommunikation und Kooperation erforderlich.
- Wie soll die Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements aussehen, wenn Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene von einem hochtourigen Bildungssystem so absorbiert werden, dass sie für selbstbestimmte, freiwillige Aktivitäten immer weniger Zeit haben? Sorgenvoll sehe ich hier die Entwicklung im Schul- und Hochschulwesen. Aber es geht nicht nur um die Rekrutierung von Nachwuchs für den Ehrenamtsbereich, sondern um den drohenden Verlust von Möglichkeiten des Kompetenzerwerbs für ein selbstbestimmtes Leben.

Handlungsprioritäten

Zum Abschluss möchte ich wenige Punkte ansprechen, wo ich mir Engagement eines Zukunftsministeriums wünsche. Diese Punkte sind mir vor allem im Zuge der Erstellung des 13. Kinder- und Jugendberichts der Bundesregierung wichtig geworden, dessen Federführung mir oblag. Bei einigen dieser Punkte ist die bayerische Sozialpolitik auf einem guten Weg, aber was gut ist, kann immer noch besser werden:

1. Die Armut von Kinder, Jugendlichen und ihren Familien erfordert deutlich größere Anstrengungen, denn deren Lebenschancen, Gesundheit und Bildung hängen in hohem Maße von den materiellen Verwirklichungschancen ab. Ein sinnvoller Schritt ist für mich das Projekt „Kindergrundsicherung“.
2. Die erfreulichen Aktivitäten zur Förderung der Allerjüngsten sind begrüßenswert und es entstehen immer bessere Netzwerke für so etwas wie „einen guten Start ins Kinderleben“. Ich sehe aber mit Sorge, dass älter werdende Kinder und Jugendliche aus unserem Blickfeld geraten, dabei weisen alle uns verfügbaren Daten darauf hin, dass sich hier die psychosozialen Probleme immer mehr verdichten. Schule und ADHS bilden eine Zwangsgemeinschaft, die wir vor allem mit Ritalin stärken. Die Zunahme von Essstörungen, Verhaltensproblemen und vor allem Depressionen bei Jugendlichen müssen uns alarmieren. Diese zahlen einen zu hohen Preis für den ungebremsten Turbokapitalismus. Hier bedarf es intensiver Anstrengungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, und sie dürfen vor einer gründlichen Reform unseres Bildungssystems nicht halt machen.
3. Die Inklusion ist mit dem Inkrafttreten der UN-Konvention der Rechte behinderter Menschen vor einem Jahr nicht nur eine wohlklingende Perspektive, sondern sie erfordert Aktivitäten. Die ASMK hat sich bei ihrer Sitzung am 25./26.11.2009 in Berchtesgaden dieses Themas angenommen. Eine Perspektive im Sinne der „Großen Lösung“ sollte hier zügig angepackt werden. Das könnte ein grundlegender Innovationsprozess werden.
4. Ich freue mich, dass wir in Bayern das Landesnetzwerk zum bürgerschaftlichen Engagement haben schaffen können. Es hat sich in den wenigen Jahren seines Bestandes schon einen wichtigen Stellenwert in der Sozialpolitik erobert. Weitere Knoten sollen dazu kommen und die kommunalen Koordinierungsstellen sind auch im Aufbau. Die Idee der Bürgergesellschaft ist also angekommen, aber sie muss weiterentwickelt. Politik und Zivilgesellschaft müs-

sen sich auf gleicher Augenhöhe begegnen und dabei sind die vorhandenen Ansätze der Bürgerbeteiligung als Handwerkszeug zu nutzen:

- *Zukunftswerkstätten*: In Bereichen, in denen auf bewährte Lösungen nicht mehr zurückgegriffen werden kann, sollten mit der Methode der Zukunftswerkstätten und der Bereitschaft zu ergebnisoffenen Prozessen Optionen erarbeitet werden.
- *Bürgergutachten*: Vor allem auf der lokalen-kommunalen Ebene hat sich der Wert von Bürgergutachten (nach der Methode von Peter Dienel) längst bewährt und zu Lösungen beigetragen, die ExpertInnenlösungen überlegen sein können.
- *Bürgerbeiräte* in allen Politikfeldern: Planungen der Politik/Verwaltung sollten vor ihrer Umsetzung von gewählten Beiräten beraten und geprüft werden.
- *Experimentierfonds*: Die Selbsthilfeförderung zeigt seit einem Vierteljahrhundert, welche Lösungskompetenz und welcher Phantasie Reichtum in der Bürgerschaft vorhanden ist. Solche Fonds, die in Selbstverwaltung funktionieren, können durchaus wettbewerblich genutzt werden.
- *Partizipationsgremien*: Alle öffentlich geförderten Einrichtungen (von Kindergärten, über Schulen und Universitäten bis hin zur Seniorenarbeit brauchen verbindliche Mitbestimmungsformen).

Heißt es nicht bei uns: „wer zahlt, schafft an“? Wenn die Bürgerinnen und Bürger schon die Zeche für die Einbrüche der Wirtschaftskrise zahlen müssen, dann sollte ihr Stellenwert für die Entwicklung zukunftsfähiger Lösungen auch entsprechend zunehmen!